Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Investition und Markt
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Sachsen-Anhalt ENERGIE

gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen

Finanzplanebene 18.13isz18.03.0.- Entwicklung und Umsetzung energetischer Vorhaben in Unternehmen (REACT-EU)

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Gründungsdatum

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Branche/Tätigkeitsbereich

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ☐ %

Rechtsform

☐ OHG ☐ GbR ☐ KG ☐ GmbH ☐ AG ☐ Körperschaft ö. R.

☐ Verein ☐ Sonstige

2. ANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

SACHSEN-ANHALT

EUROPÄISCHE UNION
EFRE
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

REACT-EU: Als Teil der Reaktion der Union auf die COVID-19-Pandemie finanziert

(Stand: 05.11.2021)

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr	geplantes Ende des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr

2.4 Vorhabensbeschreibung

Bitte beschreiben Sie das Vorhaben und nehmen Sie dabei Bezug auf Ihre Angaben im Ausgaben- und Finanzierungsplan (Ziffer 3 des Antrags bzw. Ziffern 1 und 2 der Anlage Förderung auf Basis der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung).

2.5 Ziele des Projekts/Indikator

Welcher Energieträger wird eingespart (zutreffendes bitte ankreuzen)	**jährliche Einsparung** in KWh	**EFRE – CO34 geschätzter jährlicher Rückgang der Treibhausgasemissionen** in Tonnen CO_2-Äquivalent	**Durchschnittsverbrauch der letzten drei Jahre** in KWh
☐ Strom			
☐ Gas			
☐ Kohle			
☐ Öl			
☐ Wärme aus erneuerbaren Energien			
☐ andere			
Summe	0,00	0,00	0,00

2.6 Bonus

Nur bei Beantragung der Förderung auf Grundlage der De-minimis-Verordnung VO (EU 1407/2013) auszufüllen (vgl. Ziffer 5.3.2 der Richtlinien). Werden Sie Ihre Erfahrungen aus den durchgeführten Maßnahmen mit anderen Unternehmen teilen? ☐ Ja ☐ Nein

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

Hinweis:
Nur bei Beantragung der Förderung auf Grundlage der „De-minimis"-Verordnung VO (EU 1407/2013) auszufüllen. Bei Beantragung der Förderung auf Grundlage AGVO nutzen Sie bitte die Anlage Förderung auf Basis der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (siehe dazu auch „Hinweise zur Förderung auf Basis der AGVO").

3.1 Geplante Ausgaben (Nettoausgaben in Euro)

Investitionen* in Maschinen und Anlagen (bitte Investitionsgüterliste anfügen)		
Davon Nebenkosten (bitte bezeichnen)		
Bauliche Investitionen*		
Davon Ausgaben für die energetische Sanierung		
Davon Nebenkosten (bitte bezeichnen)		
Summe Investitionen*	0,00	
Sonstiges (bitte bezeichnen)		
Summe der Ausgaben	0,00	

*Hinweis: Die Investitionen müssen im Anlagevermögen aktiviert werden.

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	
Beantragte Zuwendung	
Fremdmittel	
Weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
Hausbankdarlehen (bitte bezeichnen)	
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen – z.B. Mietkauf (Bitte beachten Sie, dass dafür besondere Bedingungen gelten!))	
Summe der Finanzierungsmittel	0,00

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Anlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/Uns sind die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen (De minimis) (RdErl. des MULE vom 24.08.2016, MBl. LSA Nr. 7/2017 vom 27.02.2017, S. 108) in der jeweils geltenden Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/ wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P werden anerkannt. Ein Rechtsanspruch auf Zahlung eines Bonus gemäß Ziffer 5.3.2 der vorgenannten Richtlinien besteht ebenfalls nicht.

b) Die geplanten Investitionen beruhen nicht auf einer gesetzlichen Verpflichtung oder behördlichen Anordnung.

c) Bei den im beantragten Projekt geplanten Investitionen handelt es sich nicht um den Erwerb oder die Verwendung gebrauchter Anlagen oder neuer Anlagen mit überwiegend gebrauchten Anlagenteilen.

d) Mir/Uns ist bekannt, dass die Investitionen im Anlagevermögen aktiviert werden müssen.

e) Bei dem im Antrag dargestellten Vorhaben handelt es sich nicht um ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, um ein Demonstrationsprojekt, um ein Pilotvorhaben oder um ein Energiemanagementsystem.

f) Bei dem im Antrag dargestellten Vorhaben handelt es sich nicht um den Neueinbau von Energieerzeugungsanlagen für Strom oder Wärme aus nicht-erneuerbaren Energiequellen.

g) Die Förderung wird nicht für die energetische Sanierung von Wohngebäuden verwendet.

h) Mir/uns ist bekannt, dass im Rahmen des Programms Sachsen-Anhalt ENERGIE Ausgaben für Sollzinsen, Betriebskosten und Abgaben sowie Eigenleistungen nicht gefördert werden. In den Ausgaben gemäß Ziffer 3.1 des Antragsformulars bzw. im Ausgabenplan der Anlage „Förderung auf Basis der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-Verordnung“ sind die genannten Ausgaben nicht oder lediglich bei den Angaben zu den nicht zuwendungsfähigen Ausgaben enthalten.

i) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Die bereits ab Vorhabenbeginn einzuhaltenden - im „Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn für das Förderprogramm Sachsen-Anhalt ENERGIE“ genannten Bedingungen - habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen.

Soweit eine De-minimis-Beihilfe beantragt wird, erkläre(n) ich/wir: Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe/n ich/wir vor Antragstellung noch nicht begonnen. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, von Planungsarbeiten und erforderlichen Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Beginn des Vorhabens, sofern sie nicht alleiniger Zweck der Förderung sind. Gleiches gilt bei Baumaßnahmen für Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks.

Soweit eine Beihilfe nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) beantragt wird, erkläre(n) ich/wir mit den Arbeiten für das Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben.
Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder

- der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
- der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
- die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder

- eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.

Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

j) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.

k) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

l) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

m) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

n) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

o) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages bzw. Anlage Förderung auf Basis der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-Verordnung) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

p) Gegen mich/uns ist kein Wiedereinziehungsverfahren gemäß Art. 71 der VO (EU) Nr. 1303/2013 (Regelungen zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben) aufgrund einer Verlagerung der mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden (Produktions-)Tätigkeit eingeleitet worden, und ein derartiges Verfahren steht auch nicht kurz bevor.

q) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten.

r) Bei der Realisierung des beantragten Vorhabens werden die hierfür geltenden Vorschriften des Umweltrechts der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt eingehalten, sofern geschützte Umweltmedien von dem Vorhaben betroffen sind (z. B. durch Emissionen in Luft, Wasser, Boden, Lärm, Abfall). Es wird sichergestellt, dass negative Umweltwirkungen durch das Vorhaben entsprechend den aktuellen Umweltstandards so gering wie möglich gehalten werden.

s) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

t) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

u) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

v) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

w) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 3.1, 3.2, 5.a), 5.b), 5.c), 5.e), 5.f), 5.g), 5.i), 5.j), 5.k), 5.l), 5.m), 5.n), 5.o), 5.p), 5.r) und 5.s) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1. und 2. sowie 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11. 12. und 13. der beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Tag/Monat/Jahr	abgegeben für eine Förderung aus dem Programm

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Publikation

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabensrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 bzw. bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 500.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	